



Seattle-NY-Brasil-London-France-Berlin-Prague-Israel-Sydney...

unabhängiges medienzentrum



Prinsn 31.10.2001 06:03

Innenminister Schily hatte mit seinem "Anti-Terror-Paket" II einen verfassungsfeindlichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der u.a. die Abschiebung von AusländerInnen vorgesehen hatte, sobald sie nur "im Verdacht" stehen, die Sicherheit zu gefährden. Oder die verdachtsunabhängige "Initiativ-Ermittlung" für das Bundeskriminalamt. Besonders gegen letztere Pläne, das BKA zum Geheimdienst aufzubauen, regte sich gro-

werden sollen, sondern das ganze eine neue Phase der Repression gegen alle Andersdenkenden und -handelnden einleitet, scheint keinen weiter zu stören. Im Text findet ihr eine Zusammenfassung des **Anti-Andersdenkenden-Pakets**.

Am Ende der zähen Verhandlungen, so war zu lesen, beendete Schily das Koalitions-Spielchen mit jovialer Geste. Er ließ einen französischen Rotwein und zwei Briefumschläge servieren und las dann mit gewichtiger Miene seine "weitgehenden Zugeständnisse" in den Fragen zu Innerer Sicherheit und Einwandererpolitik vor, die die Grünen auch prompt "sehr interessant" fanden. Das leicht abgespeckte Terrorpaket

ten der Grünen konnte die "verdachtsunabhängige Ermittlung", an die sich Schily heute so schlecht erinnern kann, gütlich "verhindert" werden. Trotzdem werden die Kompetenzen des BKA ausgeweitet. Es kann z.B. auch ohne Umweg über die Länderpolizeien Auskünfte einholen und ermittelt auch bei "schweren Formen von Datennetzkriminalität".

**Repression gegen Flüchtlinge**  
Schily hätte gerne Flüchtlingen schon bei einem Verdacht auf eine Straftat das Aufenthaltsrecht entzogen. Dafür darf er sie jetzt, laut Terrorpaket, abschieben, sobald sie "die Sicherheit gefährden", wenn sie sich bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele an

tags "überwacht". Zudem darf der BND verstärkt im Inland ermitteln. Die Kompetenzerweiterungen von Geheimdienst und BND sind auf fünf Jahre beschränkt. (und werden dann stillschweigend verlängert).

**Asylverfahren**

Die Sprachanalyse bei Flüchtlingen wird mit dem Otto-Katalog auf eine gesetzliche Basis gestellt. Durch diese Sprachanalysen sollen die Herkunftsländer der Flüchtlinge ermittelt werden. Spätestens hier müsste man fragen, was das eigentlich für "Terroristen" sind, auf die Schily es abgesehen hat. Fingerabdrücke und andere "identitätssichernde" Daten können künftig automatisch mit dem Tatortspuren-

## Bedrohlich: Spuren von Hirnbrand im Innenministerium

ßer Protest. Auch das nicht gerade als linksradikal verschriene Bundesjustizministerium und die Berufsverbände von Anwälten und Richtern wehrten sich gegen den "Otto-Katalog". Am Verhandlungstisch mit den Grünen wurde dann beschlossen, dass die Horror-Maßnahmen Schilys in dieser Form nicht durchgesetzt werden, und irgendwie kann sich Schily heute auch nicht mehr erinnern, dass er jemals die verdachtslose Ermittlung für seinen BKA wollte. Nachweisliche Spuren von Hirnbrand in der Paketstelle des Bundesinnenministeriums?

Auch die leicht begrünte Version des "Anti-Terror-Pakets", das am 7. November durchs Kabinett geht, weist extrem weitreichende Beschneidungen von Grundrechten auf. Damit hat sich Schily, der diesjährige Preisträger des Big-Brother Awards mit seinen Überwachungsphantasien durchgesetzt. Seine taktisch überzogenen Forderungen lassen ihn das Verhandlungsergebnis als "Kompromiss" verkaufen und die Grünen durften sogar ein bisschen den Rechtsstaat retten. Dass mit den neuen Gesetzen nicht nur irgendwelche Schläfer aufgespürt

sieht in etwa so aus:

**Biometrische Daten**

Computergestützte Identifizierungen ("Biometrie") dürfen in Pass und Perso übernommen werden. Ob es sich dabei um einen Fingerabdruck, die Handform, Gesichtsabmessungen oder die Struktur der Augeniris handeln wird, ist noch nicht raus. Zudem dürfen Daten teilweise auch in verschlüsselter Form dort untergebracht werden. Die genaue Regelung bleibt einem weiteren Gesetz überlassen. Der angebliche Grund für diese Maßnahme ist, dass Terroristen nicht so leicht mit gefälschten Pässen unterwegs sein können. Deshalb sollen 80 Millionen Menschen ihren Abdruck im Pass hinterlassen - und eine solche Maßnahme macht nur Sinn, wenn auch eine Datenbank dafür entsteht, wo die Scans verdächtiger BürgerInnen abgeglichen werden können. Dass sich Terroristen auch Pässe mit Fingerabdrücken fälschen können, und dass irgendwelche Schläfer auch mit echtem Pass terroristisch unterwegs sein können, steht dabei nicht zur Diskussion.

**BKA hautnah**

Durch das heroische Einschrei-

Gewalttätigkeiten beteiligen, oder einer Vereinigung angehören, die den internationalen Terrorismus unterstützt. An dieser Stelle wird somit der Abschiebeschutz der Genfer Flüchtlingskonvention gebrochen. Wer weiß, wie leicht man auf Demos Gewalttätigkeiten untergeschoben bekommt, und wer eine Ahnung hat, was manchen Flüchtlingen in ihren Herkunftsländern blüht, der mag auch ahnen, was das für die politische Betätigung



von Flüchtlingen bedeutet.

**Oh Brother, where art thou?**

Die Polizei darf Geräte zur Ortung von

Handys, sogenannte IMSI-Catcher, einsetzen. Daten von unbeteiligten Dritten sollen angeblich wieder gelöscht werden. Der Geheimdienst darf auf Kundendaten von Post- und Telekommunikationsunternehmen, sowie von Luftfahrtunternehmen zurückgreifen. Zur Erinnerung: Geheimdienste dürfen solche Maßnahmen ohne richterliche Genehmigung einleiten. Sind ja geheim. Aber dank der Grünen werden die Eingriffe des Verfassungsschutzes ins Post- und Fernmeldegeheimnis von einer Kommission des Bundes-

bestand des BKA abgeglichen werden. Die Daten werden zehn Jahre lang aufbewahrt.

**Ausländerzentralregister**

In diesem zentralen Register werden Daten von Nicht-Deutschen gesammelt. Sie soll in Zukunft zu einer Visa-Entscheidungs-Datei ausgebaut werden. Außerdem können Polizisten die Daten - z.B. bei "verdachtsunabhängigen Personenkontrollen" - in Zukunft besser abfragen. Sicherheitsdienste haben automatischen Zugriff. Die Religionszugehörigkeit wird ebenfalls in diesem Register gespeichert. An ein äußeres Merkmal, etwa ein gelber Halbmond auf der Jacke, ist bisher noch nicht gedacht. Die Religionszugehörigkeit wird bei Widerspruch nicht in das Register mit aufgenommen. Die deutschen Grenzschutzbeamten reagieren auf einen solchen Widerspruch freundlich und diskret.

**Arbeitsplatzsicherung**

Personal an "sicherheitsempfindlichen Stellen" wird einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Dies galt bisher schon für innere Zonen in Flughäfen. Desweiteren gilt dies nun für Wasser- und Energiewerke und - man höre und staune - für Rundfunkanstalten. Der Terror hat viele Gesichter.

<http://de.indymedia.org/2001/10/9959.html>

# castor, na und ...? Brandenburg: Reiseverbot nicht rechtens

anti-atom-netzwerk sachsen  
24.10.2001 16:20

## HEISSER KALTER HERBST - FREIE FAHRT FÜR DEN CASTOR?

**Im November wird wieder ein Castor-Transport nach Gorleben rollen. Na und? Angesichts einer nach Vergeltung rufenden selbsternannten Zivilisation scheint der Atommüll nicht grad das Dringendste, nicht grad dasz notwendigste Handlungsfeld für linksradikale Politik zu sein.**

Die Antwort der Politik auf den 11. September kam ziemlich schnell und in ihrer Aussage klar: Der "Sieg über den Terrorismus" kann nur über Krieg, weitere Aufrüstung, verstärkte Unterdrückung von "Unzivilisierten" unter die westliche Wirtschaftslogik und eine weitere Ausweitung der staatlichen Repression führen. Wie wir hier sicher nicht weiter erläutern müssen, werden die durchgeführten Maßnahmen von der NATO unter Beteiligung der brd weder die Gründe dafür abschaffen, dass Leute glauben, mit Flugzeugen ins World Trade Center rasen zu müssen, noch den Terrorismus eindämmen. Der kapitalistischen Logik liegt Staats-

terrorismus und die jeweiligen Reaktionen darauf zugrunde. Atomenergie ist ein Baustein dieser Gründe - der Brennstoffpfad des Urans beinhaltet imperialistisches Vorgehen und Militarismus. Gorleben ist ein Symbol für den rassistischen Uranabbau, Atomwaffen und Urangeschosse. Deshalb muss Gorleben ein Handlungsfeld sozialer Bewegungen bleiben.

Mit den weiteren Gesetzesverschärfungen zur "inneren Sicherheit" wird in Zukunft versucht, jeglichen Protest gegen die Prinzipien der Herrschenden zu unterbinden. Eine erneute Lockerung des Datenschutzes, der Fingerabdruck im Reisepass oder zukünftige Polizeiaufgaben für die Bundeswehr öffnen weiterer staatlicher Repression Tor und Tür. Der Hinweis auf New York und Washington reicht zur Legitimation. Auf dem Weg des

Atommülls nach Gorleben kann der Kampf dagegen geführt werden.

Der Castor-Transport wird wahrscheinlich am Sonntag 11.11. in Frankreich losfahren, Montag soll er bis Dannenberg kommen und am Dienstag nach Gorleben rollen. Es ist wichtig, so zeitig wie möglich im Wendland zu sein. Am Sonnabend vor dem Castor findet in Lüneburg die große Auftaktdemo statt. Der jetzt folgende Text ist dem Mobilisierungsflugblatt für diese Demo entnommen.

>CASTOR STOPPEN!!!

Wieder sollen sechs Castorbehälter mit todbringender Fracht von La Hague nach Gorleben rollen. Wieder werden zehntausende PolizistInnen an der Strecke nicht die Interessen der Menschen, sondern die der Atomindustrie schützen. Willfähige PolitikerInnen werden demokratische Rechte einschränken und das Wendland per Allgemeinverfügung zur demokratiefreien Zone machen.

Atomstaat pur: Der Staat lässt seine demokratische Maske fallen. >AUFSTEHEN!

Unglaublich

aber wahr: ein Fiasko im Jahr genügt Atomwirtschaft und Bundesregierung nicht. Ihre Konsens genannte Befriedungs- und Spaltungsstrategie ist gescheitert. So wurde der Gorlebenstransport im März von uns als Türöffner bezeichnet und in der Tat kam ihm auch diese Bedeutung zu. Dennoch gelang es der Bewegung erstmals, die damit wieder anlaufenden strahlenden Frachten in die Wiederaufbereitungsanlagen (WAA) breit und in aller Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Aktionen gegen diese Transporte machten deutlich, dass Protest und Widerstand sich nicht auf das Wendland beschränken lassen. Es gibt keine gesellschaftliche Akzeptanz für die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie. Auch diesmal gilt:

>QUERSTELLEN!

Denn die Profite zählen in dieser Welt mehr als Menschenleben.

Genua Infogruppe 30.10.2001  
16:33

Obwohl die Polizeibefugnisse mit der Änderung des Polizeigesetzes im Dezember 2000 erneut erheblich ausgeweitet wurden, ist die brandenburgische Polizei in den letzten Monaten mehrfach sogar über ihre weitreichenden Befugnisse hinausgegangen. Bereits vor einigen Wochen wurde dem Widerspruch gegen die anlässlich des Castortransportes verhängten Aufenthaltsverbote durch das Oranienburger Polizeipräsidium stattgegeben. Wenig später erklärte das Potsdamer Amtsgericht

Wer sich dem in den Weg stellt, wird beiseite geschafft oder als ChaotIn denunziert. Das haben AtomkraftgegnerInnen mit GlobalisierungsgegnerInnen in Genua, Seattle oder anderswo gemeinsam. Genauso wie mit MigrantInnen, die in aller Welt auf der Suche nach Überlebensräumen sind, wie indigene Bäuerinnen in Chiapas/Mexiko oder die von Vertreibung bedrohten Menschen in Itoiz/Baskenland. Deswegen sagen wir: Es reicht nicht, gegen den Castor zu sein. In unseren Protesten müssen wir uns auch gegen jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen wenden. Egal ob sie ökonomisch, rassistisch, sexistisch oder sonstwie daherkommt.

>WIDERSTEHEN!

Stellen wir uns solidarisch gegen diese Verwertungslogik. Hier und heute gegen einen weiteren Castortransport ins Wendland. Aber auch an jedem anderen Tag, an jedem anderen Ort. Verweigern wir uns der kapitalistischen Durchdringung auch der letzten Lebensbereiche. Jede/r ist aufgerufen, sich zu beteiligen. Gegen Castortransporte, neoliberale "Erneuerung", das rosa-olivgrüne Reformprojekt... Ob autonome Oma, grüner Querulant, Globalisierungsgegnerin, ob Christ oder Anarchistin oder alles zusammen - komm nach Lüneburg und bring Ideen, Lebensfreude und Entschlossenheit mit. Die Commerzbank wirbt mit dem Slogan: " ...oben ist nur Platz für wenige." Wir sagen:

>VORM CASTOR IST PLATZ FÜR VIELE(S)!

<http://de.indymedia.org/2001/10/9687.html>

die Durchsuchung des Wohnprojektes in der Potsdamer Breitscheidstraße 6 für rechtswidrig. NUNMEHR GAB DAS POLIZEIPRÄSIDIUM ORANIENBURG AUCH NOCH EINEM WIDERSPRUCH GEGEN DIE ANLÄSSLICH DES G 8-GIPFELS IN GENUA ERTEILTEN MELDEAUFLAGEN ZUR VERHINDERUNG EINER AUSREISE STATT. Alle drei Polizeieinsätze waren vom Innenausschuß des Landtages diskutiert und für rechtmäßig erklärt worden. Offenbar ist nicht nur die Polizei damit überfordert, den Stellenwert der Individualrechte hinreichend bei ihren Maßnahmen zu berücksichtigen, sondern auch der dafür zuständige Landtag nicht in der Lage, eine effektive Kontrolle der Polizei sicherzustellen. GERADE DIE IN DER FORM VON MELDEAUFLAGEN VERHÄNGTEN REISEVERBOTE SIND EIN TIEFER EINGRIFF FÜR DIE BETROFFENEN. MEHRERE PERSONEN WURDEN LEDIGLICH AUFGRUND IHRER POLITISCHEN MEINUNG DARAN GEHINDERT, IN DEN URLAUB ZU FAHREN. DABEI WURDEN FEHLERHAFT DATENSPEICHERUNGEN DER POLIZEI ÜBER EINZELNE PERSONEN UND VÖLLIG ABWEGIGE BEDROHUNGSSZENARIEN ZUGRUNDEGELEGT. Reiseverbote und Aufenthaltsverbote erinnern nicht nur stark an Maßnahmen von Staatssicherheit und Volkspolizei, sondern belegen, daß die DDR-Sicherheitsorgane offenbar für das CDU-geführte Innenministerium noch heute eine Vorbildwirkung innehaben.

[Originaldokumente unter [www.polizeibrandenburg.de](http://www.polizeibrandenburg.de)] <http://de.indymedia.org/2001/10/9945.html>

Indymedia ist unabhängige nicht-kommerzielle Berichterstattung von unten über wichtige soziale und politische Themen vor Ort und weltweit. Hunderte von Medieninitiativen und AktivistInnen sind daran beteiligt. Indymedia ist ein internationales hierarchiefreies Netzwerk und versteht sich als Teil des weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung.

